

An alle 10 Bayerische Ministerien

Sieben geplante Mobilfunkanlagen in höchst sensiblem Gebiet

Sehr geehrter Herr Minister XX

Wir schreiben an Sie sowie an alle Ministerien, die die „Rahmenvereinbarung über die Benutzung von Grundstücken und Gebäuden des Freistaats Bayern für die Errichtung und den Betrieb von Funkstationen. 13. Dezember 2002.“, Nr. 43 – VV 2622-3-53599/02, unterzeichneten.

Die Ursache unseres Schreibens ist eine Anfrage für sieben Mobilfunkantennen, der Fa. Deutsche Funkturm GmbH (T-Mobile), für das Gebäude Feldkirchenstraße 21 der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

In unmittelbarer Nähe des geplanten Standortes befinden sich folgende Einrichtungen:

- Dientzenhofer-Gymnasium mit 1500 Schülern und 100 Lehrenden, Feldkirchenstraße 22,
- die Heidelsteigschule mit 240 Schülern und 26 Lehrenden, Volks- und Grundschule, Am Heidelberg 15, Schulhof,
- der Kindergarten St. Franziskus mit 50 Kindern, Riemenschneiderstraße 18, mit Spielplatz,
- der Kindergarten Jean-Paul mit ca. 50 Kindern, Hegelstraße 47, mit Spielplatz,
- weiter das Seniorenheim (81 Plätze), der Diakonie mit Sozialstation, Memmelsdorferstraße 128 und Albr.-Dürer-Straße 11,
- die Studentenwohnheime in der:
 - Hegelstraße 51 mit 134 Apartments mit Krabbelstube,
 - Pestalozzistraße 9 mit 566 Wohnplätzen,
 - Josef-Kindshoven-Straße 5 mit 193 Plätzen,
- drei gut frequentierte städt. Spielplätze: Heinr.-Weber-Platz, Weißenburgstr., Kantstraße
- Wohnheim für Behinderte der Lebenshilfe, Wassermannstraße 25 b,
- die Pestalozzischule mit 170 Schülern und 25 Lehrenden, Schule für individueller Förderung, Pestalozzistraße 10,
- der Kindergarten an der Auferstehungskirche, Pestalozzistraße 23,
- und nicht zuletzt die vielen Familien und Menschen, die im dicht besiedelten Gebiet leben und arbeiten.

Auch das Personal (300 Personen) der Universität sowie Tausende von Studierenden sind betroffen.

Unter Punkt 8 der Rahmenvereinbarung heißt es:

„...es ist davon auszugehen, dass sensible Nutzungen (Krankenhäuser, Schulen für Kinder und Jugendliche, Kinderspielplätze, Kindergärten, Kinderhorte oder ähnliche Einrichtungen) bereits im Verfahren der kommunalen Mitwirkung bei der Standortsuche berücksichtigt werden.“

Wie Sie aus den beigelegten Schreiben ersehen können, wurde weder die Stadt Bamberg in die Standortsuche eingebunden, noch die vielen betroffenen „sensiblen Einrichtung“ in der Umgebung bei der Standortwahl berücksichtigt. Wir bitten darum, dass selbst der minimale Konsens an kommunaler Beteiligung und Schutz der Bevölkerung, besonders der Kinder, wie in der Rahmenvereinbarung zwischen Staatsregierung und Mobilfunkbetreiber vorgesehen ist, in der Praxis auch umgesetzt wird.

Wir bitten um eine kurze Eingangsbestätigung. Halten Sie uns bitte auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

- Plans des Gebietes vom Vermessungsamt mit Markierungen
- Schreiben der Stadt Bamberg an Universitätsrektor Prof. Dr. Ruppert vom 17.05.05
- Schreiben der beiden größten Schulen in unmittelbarer Nähe der Feldkirchenstraße 21 an Stadt und Universität
- Schreiben des Personalrates für die Gesamtheit der Volksschulen Bamberg-Stadt und Universität
- Das Wichtigste aus unserem Pressespiegel – Bürgerinnen und Bürger reagieren